

**Schlußwort:**

"Dem gegenwärtigen Krieg muß ein Frieden folgen, der eine Reihe von Jahren gesichert ist. Er hängt von der sorgfältigen Untersuchung der Kriegsursachen und von den Maßnahmen ab, welche die Staatsmänner ergreifen, um den deutschen Imperialismus zu beseitigen. Aber es würde ein Unglück sein, wenn die Staatsmänner und Diplomaten das Feld unberücksichtigt ließen, auf dem seit fünfzig Jahren der deutsche Imperialismus seine Erfolge gehabt (...) hat. Dieses Feld ist Osteuropa."<sup>1</sup>

Hugh Seton-Watson, 1945

Wenn der britische Historiker Seton-Watson in dieser Analyse am Ende des Zweiten Weltkrieges von Osteuropa sprach, so implizierte er damit auch die südosteuropäischen Donaustaaten Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien. Treffend wies er auf die lange Tradition deutscher Expansionsabsichten hin, denen für die Bereich Südosteuropa in dieser Arbeit nachgegangen wurde. Abschließend bleibt festzuhalten:

Von den 1840er Jahren bis 1945 zieht sich eine kontinuierliche Linie deutscher Südosteuropaplanungen, in denen trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen die wesentliche Zielsetzung kontinuierlich verfolgt wurde: Südosteuropa sollte als ein auf niedriger Entwicklungsstufe festgehaltenes Wirtschaftsgebiet zum deutschen Rohstoff- und Agrarproduktlieferanten und zum Absatzmarkt deutscher Industriegüter werden. Dies implizierte das Ziel einer Verhinderung bzw. (in den 1930er Jahren) Rückgängigmachung eigenständiger Industrialisierung in Südosteuropa. Darüber hinaus waren die Verkehrsverbindungen über Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien als wichtige, gegenüber den Seemächten "blockadesichere" deutsche Handelswege in den Nahen Osten vorgesehen. Die günstigen deutschen Landverbindungen nach Südosteuropa galten für die *Pénétration pacifique* als Vorteil.

Es war nicht zufällig der Gründer des ersten industriellen Unternehmerverbandes im Deutschen Bund, Friedrich List, der Mitte des 19. Jahrhunderts die ersten Grundlagen einer deutschen Südosteuropaexpansion formulierte. Auf der Balkanhalbinsel und im Osmanischen Reich sollte der verspätet auf der geschichtlichen

---

<sup>1</sup> Seton-Watson, Hugh, Osteuropa zwischen den Kriegen 1918-1941, Paderborn, 1948 (Deutsche Ausgabe von: ders., Eastern Europe between the wars 1918-1941, Cambridge, 1945)

Bühne erschienenen deutschen Großmacht ein gegenüber den noch überlegenen älteren Kolonialmächten abgeschotteter Absatz- und Rohstoffraum erschlossen werden.<sup>2</sup>

In Übereinstimmung mit List propagierten zahlreiche Angehörige des an Handel und Wirtschaftsexpansion interessierten süd- und westdeutschen Bürgertums in den 1840er Jahren eine dauerhafte Anbindung Südosteuropas als deutsches "Hinterland". Dieses Ziel fand in der Paulskirchenversammlung der gescheiterten bürgerlichen Revolution von 1848 breite Zustimmung. In der Phase des Übergangs des Deutschen Bundes von einer agrarischen zur industriellen Produktionszone einerseits, zunehmendem Pauperismus und großer Auswanderungsbewegungen andererseits, galt ihnen Südosteuropa als potentiell Feld für die Ansiedlung deutscher Kolonisten und die Ausbreitung des deutschen Handels. Aufgrund der noch nicht vollzogenen Nationalstaatsbildung, der zur Durchsetzung dieses Staates nach außen aufrechterhaltenen Rücksichtnahme gegenüber den russischen Südosteuropainteressen und der noch fehlenden wirtschaftlichen und politischen Durchsetzungskraft des Deutschen Bundes blieb dieses Ziel in der Periode von 1840-1871 weitgehend unrealisiert. Mit der Einsetzung einer deutschen Dynastie im rumänischen Königshaus und vor allem mit dem Bau von Eisenbahnlinien in Richtung Südosteuropa wurden in dieser Periode jedoch buchstäblich die Weichen für eine langfristige deutsche Wirtschaftsexpansion gelegt.

Im Zuge der deutschen Industrialisierung und der damit einhergehenden Suche nach Absatzmärkten und Rohstoffzufuhrgebieten rückte Südosteuropa seit Mitte des 19. Jahrhunderts mehr und mehr in das Blickfeld deutscher Wirtschaftsplaner. Die benannten Interessen wurden in den einhundert Jahren zwischen 1840-1945 in einzelnen Phasen unterschiedlich stark propagiert und gewichtet. Zeitweise überwog das Absatz- und Transitinteresse für den deutschen Export, während besonders zur Zeit der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts und der Weltwirtschaftskrise ab 1929 der "blockadesichere Ergänzungsraum" Südosteuropa als unerläßliche Grundlage einer deutschen Rohstoff- und Ernährungsbasis gesichert werden sollte.

---

<sup>2</sup> Vgl. Berg, Heino, Deutschland und Mitteleuropa - Die deutsche Frage in der alten und neuen Mitteleuropadebatte, in: ders./Burmeister, Peter (Hg.), Mitteleuropa und die deutsche Frage, Bremen 1990.

Besonders in Zeiten wirtschaftlicher Krisen stellte Südosteuropa aus deutscher Sicht eine Art Kräfte-Reservoir dar, das genutzt werden sollte, um den eigenen Stellenwert innerhalb der Weltwirtschaft und Weltpolitik zu stärken. Trotz unterschiedlicher Rahmenbedingungen trifft dies für die 1840er Jahre ebenso zu wie für die Zeit des Ersten Weltkrieges und die Periode nach der Weltwirtschaftskrise von 1930-1945.

Allen drei Phasen der deutschen Geschichte von 1871-1945, dem Kaiserreich, der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus ist die Grundschriftlinie gemeinsam, derzufolge Südosteuropa als Objekt zur Herstellung bzw. Stärkung oder Wiedergewinnung der Großmachtstellung Deutschlands und als Sprungbrett weitergehender Europa- und Weltpläne dienen sollte. In allen Phasen sahen deutsche Politiker in Südosteuropa einen Ausweg aus der "Einkreisung" Deutschlands durch die Großmächte Frankreich, Großbritannien und Rußland.<sup>3</sup>

Dem Interesse an einer Expansion nach Südosteuropa lag ein Komplex von Faktoren zugrunde, der die Ausdehnung in diese Richtung lohnenswert und zugleich aussichtreich erscheinen ließ. Dazu gehörten die geographische Lage am Schnittpunkt der Kommunikationslinien zwischen Europa, Asien und Afrika ebenso wie die weite Verbreitung deutscher Sprache und deutscher Kultur, die Existenz starker deutscher Minderheiten, die in Teilen der Region über Jahrhunderte währende Herrschaft des Habsburger Reiches, die als rückständig angesehenen sozialen Verhältnisse sowie die wirtschaftliche Abhängigkeit aller Länder der Region von den großen kapitalistischen Industriestaaten.

Ansatzpunkte für die wirtschaftliche Durchdringung Südosteuropas bot in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die schwache Stellung des Herrschaftssystem des Osmanischen Reiches. Durch zahlreiche Kriege gegen Rußland und südosteuropäische Befreiungsbewegungen geschwächt, aufgrund aufgenommener Anleihen hochverschuldet und kurz vor dem Staatsbankrott stehend, eröffnete es dem deutschen Vordringen in Südosteuropa vielfältige Möglichkeiten. Dabei ließ sich die osmanische Regierung von der Hoffnung leiten, sich durch eine Anlehnung an Deutschland aus der Abhängigkeit von ihren Hauptgläubigerstaaten Frankreich und

---

<sup>3</sup> Vgl. Mitrovic, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Balkanpolitik 1914-1941, in: Balcanica, a. a. O., S. 570.

Großbritannien befreien zu können. Diese Möglichkeiten erkannte Friedrich List bereits 1841. Seine Parolen "Der ganze Südosten ist unser Hinterland" und "Deutschland hat die Aufgabe, den Südosten zu zivilisieren" wurden zum Teil offen und zum Teil dem Sinne nach zu Leitsätzen der deutschen Außenhandelspolitik bis 1945. Die zweite Parole entsprach dabei nicht nur der Überzeugung deutscher Kapitalvertreter, sondern auch der Sichtweise von Mitgliedern der deutschen Arbeiterbewegung, an erster Stelle Marx und Engels. Anknüpfend an die von Hegel formulierte Theorie über "geschichtslose Völker", zu denen dieser besonders die vorwiegend in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung Südosteuropas zählte und ausgehend von einer allein auf Westeuropa bezogenen Fortschritts- und Zivilisationsvorstellung, sprachen Marx und Engels der angeblich "barbarischen" Bevölkerung Südosteuropas das Recht auf selbständige Staaten und eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung ab. Gleichzeitig wandten sie sich kategorisch gegen ein Vordringen des zaristischen Rußlands nach Europa mit Hilfe südosteuropäischer Bündnispartner. Das von ihnen gefürchtete Gespenst des Panslawismus verstellte Marx und Engels den Blick auf den Pangermanismus. Diese klischeebehaftete Analyse der südosteuropäischen Verhältnisse wirkte in den Jahrzehnten bis zum Ersten Weltkrieg in der sozialistischen Bewegung Deutschlands fort.

Ebenso wie Friedrich List betrachteten Marx und Engels den Bau von Eisenbahnlinien als Beitrag zu einer Zivilisierung Südosteuropas. Der von List vorgeschlagene Plan einer Eisenbahnverbindung von Deutschland über Österreich-Ungarn in das Osmanische Reich bis zum Persischen Golf entwickelte sich in den Jahrzehnten bis zum Ersten Weltkrieg zu einem Hauptprojekt des deutschen Kapitals. Mit der im Vertrag der Berliner Konferenz von 1878 enthaltenen Verpflichtung der neuen Staaten Südosteuropas, den Bau von Verbindungslinien zwischen Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich zu gewährleisten, wurde die Souveränität Serbiens und Bulgariens von vorneherein eingeschränkt. Im Falle Rumäniens wurde die Regelung der Eisenbahnfrage zugunsten deutscher Interessen sogar zur Bedingung der staatlichen Anerkennung gemacht. Die Grundlagen für die *Pénétration pacifique* Südosteuropas von seiten Deutschlands und seines Juniorpartners Österreich-Ungarn waren mit den Bestimmungen von 1878/1880 gelegt.

Auf der Basis der Eisenbahnbauten, der Bestimmungen des Berliner Vertrages, der Wirtschaftsverträge von Anfang der 1890er Jahre und diverser Kapitalanleihen weitete sich der nach den Grundsätzen der "Ergänzungswirtschaft" (Rohstoffe und Agrarprodukte gegen Industriegüter) verlaufende deutsche Handel mit den Staaten Südosteuropa im großen Umfang aus.

Der Mangel an wichtigen Rohstoffen und Nahrungsmitteln, die Neigung zur militärischen Lösung von Problemen, die geographische Nachbarschaft, die latent tradierte oder offen ausagierte antislawische Ideologie, das "Mitteleuropa"-Konzept, die Suche nach "Lebensraum" und der "Missionsgedanke" ließen Deutschland seit Ende des 19. Jahrhunderts für die Staaten Südosteuropas zu einer permanenten Bedrohung werden.<sup>4</sup>

Während der deutsche Imperialismus in Afrika zwischen 1890 und 1914 mit der Methode direkter Okkupation kaum Fuß fassen, Ressourcen ausbeuten oder nennenswerte Profite erzielen konnte, gelang dies in Südosteuropa und im Osmanischen Reich mit indirekten Methoden in bedeutendem Maße. Die drei südosteuropäischen Donaustaaten und das Osmanische Reich erlangten für Deutschland eine größere wirtschaftliche Bedeutung als die direkten Kolonien in Afrika und Asien. Dabei galt die deutsche Dominanz in Südosteuropa um die Jahrhundertwende vielen Autoren als fester Bestandteil einer deutschen Hegemonie auf dem Kontinent und als Basis und Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtstellung.

Ein wesentliches Mittel zur Durchsetzung und Absicherung der deutschen Hegemonialpolitik in Südosteuropa war von 1871-1914 die *Pénétration pacifique*, d.h. die wirtschaftliche Durchdringung in Friedenszeiten, die sich vor allem mit dem Mittel von Anleihen und Krediten, daran gekoppelten langfristigen Lieferverträgen und einer daraus resultierenden dauerhaften Verschuldung der Staaten Südosteuropas vollzog.

Vor diesem Hintergrund nahm Südosteuropa seit Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland in allen relevanten außenpolitischen Konzeptionen einen festen Platz ein.<sup>5</sup> Gleichzeitig trat das Projekt einer "mitteleuropäischen Zollunion" immer mehr in den Vordergrund handelspolitischer Konzeptionen. Für die Deutschen bestand der Kern "Mitteleuropas" dabei selbstverständlich aus

<sup>4</sup> Vgl. Mitrovic, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Südosteuropapolitik 1914-1941, a. a. O., S. 561.

<sup>5</sup> Vgl. Schumann/Seckendorf, Richtung Südost, a. a. O., S. 237.

Deutschland. Die kleinen Nachbarstaaten hatten sich um die deutsche Führungsmacht zu gruppieren, wie Planeten als Satelliten um die größere Sonne. Seitdem "Mitteleuropa" als politisches Projekt auf der historischen Szene auftauchte, war es zumeist nur Camouflage für eine deutsche Vorherrschaft in Zentral-, Ost- und Südosteuropa.<sup>6</sup>

Doch vor 1914 ergaben sich keine Realisierungsmöglichkeiten für eine "mitteleuropäische Zollunion". Darüber hinaus ließen sich die Mittel der *Pénétration pacifique*, vor allem das Instrument der Kapitalanleihen, in den letzten Jahren vor 1914 nicht ausweiten. Aufgrund des Bagdadbahnprojekts und des Flottenbauprogramms waren große Kapitalmengen gebunden, so daß Deutschland den Anleihemarkt in Serbien und Rumänien infolge zu geringer Gebote mehr und mehr an Frankreich verlor. Auch die politische Entwicklung in Südosteuropa ließ die gerade errungene wirtschaftliche Stellung gefährdet erscheinen. Serbien und Rumänien erweiterten durch die Balkankriege von 1912/13 die Größe ihres Territoriums und ihre politische Souveränität. Vor allem das Bestreben der serbischen Regierung, die über ihr Gebiet verlaufenden Eisenbahnlinien zu verstaatlichen und damit der Kontrolle der unter Führung der Deutschen Bank stehenden Eisenbahngesellschaft zu entziehen, ließ die deutsche Regierung ab 1913 einen Krieg gegen Serbien ins Auge fassen. Die Unterbrechung der Hauptexpansionslinie "Berlin-Bagdad" sollte unter keinen Umständen zugelassen werden. Ein wesentliches Ziel des mit dem von der deutschen Regierung forcierten österreichischen Angriffs auf Serbien ausgelösten Ersten Weltkrieges, das in der Forschung bisher kaum berücksichtigt wurde, bestand in der gewaltsamen Herstellung eines unter deutscher Führung stehenden "mitteleuropäischen Großwirtschaftsraumes", dessen Ausmaße in den Jahren zwischen 1890 und 1918 von zahlreichen Autoren von der Nordsee bis zum Persischen Golf gefaßt wurden. Dieses "Mitteleuropa" sollte durch die militärische Brechung des "serbischen Riegels" und die Unterwerfung Rumäniens realisiert werden. Das "Mitteleuropa"-Buch Friedrich Naumanns, in dem zunächst eine Zollunion zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn und in einer zweiten Stufe eine Anbindung der südosteuropäischen Donaustaaten vorge-

---

<sup>6</sup> Vgl. Geiss, Imanuel, *Mitteleuropa und die deutsche Frage*, in: Berg/Burmeister (Hg.), a. a. O., S. 71.

sehen wurde, vermittelte der deutschen Bevölkerung als populärste Schrift der Jahre von 1915-1918 das wesentliche Kriegsziel. Naumann popularisierte damit die in nichtöffentlichen Denkschriften und Programmen enthaltenen Pläne der führenden politischen und wirtschaftlichen Interessensvertretungsorgane. Während des Krieges rückte darüber hinaus der direkte Griff auf das rumänische Erdöl und die übrigen südosteuropäischen Ressourcen zur Versorgung der deutschen Armee und Bevölkerung verstärkt in das Blickfeld deutscher Strategen. Mit der Okkupation Serbiens und Rumäniens sicherte sich Deutschland 1916 erstmals eine unumschränkte Kontrolle des "Ergänzungsraumes" Südosteuropa. Die Niederlage von 1918 und die Bestimmungen und Grenzziehungen der Friedensverträge beendeten diese nahezu monopolartige deutsche Verfügung über die südosteuropäischen Ressourcen für einige Jahre. Das Ziel des Großwirtschaftsraumes "Mitteleuropa" verschwand jedoch nicht aus deutschen Planungspapieren. Im Gegenteil. Nach dem Verlust der Überseekolonien konzentrierte sich die deutsche Wirtschaft im noch verstärkten Maße auf das Expansionsfeld Südosteuropa. Dabei stand in den zwanziger Jahren das Interesse am Absatz deutscher Industriewaren und der Import südosteuropäischer Rohstoffe im Vordergrund. Der Einfuhrbedarf an Produkten der Landwirtschaft ließ sich in dieser Periode nach den Agrarreformen in Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien kostengünstiger durch Bezüge der durchrationalisierten, auf den Export ausgerichteten Agrarproduktion Nord- und Südamerikas decken. Dessen ungeachtet erreichte Deutschland bereits Mitte der zwanziger Jahre wieder die unangefochtene Führungsposition im Handel der südosteuropäischen Donaustaaten. Die Phase der Weimarer Republik war geprägt durch eine zurückhaltendere Politik vor dem Hintergrund der Beschränkungen der Pariser Friedensverträge. Trotz der nach außen demonstrierten Zurückhaltung darf jedoch ähnlich wie für die Periode der Regierungszeit Bismarcks auch für die Weimarer Republik nicht voreilig der Schluß gezogen werden, daß das damalige Deutschland keinerlei wirtschaftliche Interessen und politische Absichten in Südosteuropa verfolgt habe. In beiden Phasen konzentrierte die deutsche Wirtschaft hinter der Fassade politischen Desinteresses, ihre Bestrebungen in bedeutenden Maße auf die Balkanhalbinsel.<sup>7</sup> In den Jahren von 1919-1931 versuchte

---

<sup>7</sup> Vgl. Mitrovic, in: *Balcanica*, a. a. O., S. 565.

sich die deutsche Politik trotz der Ein-schränkungen der Friedensverträge alle Optionen einer verstärkten wirtschaftlichen und politischen Anbindung Südosteuropas offenzuhalten. Zu diesem Zweck blockierte die Deutsche Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages alle Initiativen zur Gründung einer Deutschland ausschließenden Donauföderation ost- und südosteuropäischer Staaten, zu diesem Zweck entstanden in dieser Periode diverse "Mittel- und Südosteuropa-Institute" und zu diesem Zweck initiierten Regierung und Deutschtumsverbände unter Instrumentalisierung der deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa eine "inoffizielle" Außenpolitik.

Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise einerseits und wiedergewonnener außenpolitischer Handlungsmöglichkeiten durch die Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen, die Beendigung der Rheinlandbesetzung und die Reduzierung und endgültige Regelung der Reparationszahlungen andererseits, gingen Regierung und Wirtschaft Anfang der dreißiger Jahren von der "stillen Diplomatie" zu offensiven Aktionen für die Herstellung eines deutschen "Großwirtschaftsraumes" über. In diese Periode fällt die Umstrukturierung und Stärkung der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, dem maßgeblichen Planungs- und Vertretungszentrum privatwirtschaftlicher Südosteuropainteressen. In diesem Kreis sowie von Mitgliedern der Studiengesellschaft für "Mittel- und Südosteuropa" erfolgte die detaillierte Ausformulierung des "Ergänzungswirtschaftskonzepts", das mittels bilateraler devisenloser Präferenzverträge auf eine Umlagerung der deutschen Agrareinfuhr von Übersee auf Südosteuropa zielte. Dieses Konzept implizierte drei Ziele:

1. Eine Sicherstellung des agrarischen deutschen Einfuhrbedarf - trotz Verschuldung und Devisenknappheit,
2. die langfristige Anbindung eines Absatzmarktes für deutsche Industriegüter,
3. die als für den Kriegsfall erforderlich erachtete Garantie der deutschen Rohstoff- und Nahrungsmittelzufuhr aus einem "blockadesicheren" Gebiet.

Der "Mitteleuropa"-Begriff wurde ab 1930 mehr und mehr durch die Schlagwörter vom "deutschen Großwirtschaftsraum" und der "Ergänzungswirtschaft" ersetzt. Das dahinter stehende Ziel blieb syn-

onym: Eine deutsche Wirtschaftshegemonie über weite Teile Ost- und Südosteuropas.

Die erste öffentliche Aktion zur Herstellung des deutschen "Großwirtschaftsraumes" bildete die Ausrufung einer deutsch-österreichischen Zollunion im März 1931, ein Projekt, das seit den Tagen von Friedrich List und der Paulskirchenversammlung als erster Schritt zur Schaffung einer "mitteleuropäischen" Freihandelszone unter Einschluß der südosteuropäischen Donaustaaten galt. Nachdem dieser Versuchsballon aufgrund internationaler Proteste und eines auf die Bestimmungen der Friedensverträge von 1919 bezugnehmenden Schiedspruchs platzte, konzentrierte sich die deutsche Politik auf das Mittel bilateraler Präferenzverträge, die mit den Staaten Südosteuropas abgeschlossen werden sollten. Nach der Konferenz in Stresa im Herbst 1932, die das Scheitern internationaler Lösungsversuche für die Absatzkrise südosteuropäischer Agrarprodukte besiegelte, gelang es Deutschland das Instrument bilateraler Präferenzsysteme, das dem bis dahin gültigen Prinzip der Meistbegünstigung widersprach, international durchzusetzen. Nun konnte das Konzept der "Ergänzungswirtschaft", das an Pläne von Friedrich List und anderen Vordenkern der Jahrzehnte von 1840-1930 anknüpfte, praktisch umgesetzt werden. Es manifestierte sich erstmals 1932 in einzelnen Wirtschafts- und Clearingverträgen und avancierte 1934 mit Schachts "Neuem Plan" zur offiziellen nationalsozialistischen Außenhandelsmaxime. Auf der Basis der 1934/35 mit Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien geschlossenen Präferenz- und Clearingverträge und des Vierjahresplanes von 1936 gelang es der deutschen Politik bis 1939 kriegswichtige Importe von Übersee auf Südosteuropa umzulagern, den Export der Donaustaaten zu 60-70% auf Deutschland auszurichten und diese Länder auf den Status unfreiwilliger Kreditgeber der deutschen Kriegswirtschaft zu degradieren. Um die deutschen "Erzeugungslücken" zu schließen und das "Fettproblem" zu lösen, nahmen die I.G. Farben und die Deutsche Gruppe des MWT ab Mitte der dreißiger Jahre zudem eine Umstrukturierung der südosteuropäischen Landwirtschaft in Angriff. Die in Südosteuropa bis dahin verbreitete Subsistenzwirtschaft auf kleinen Parzellen sollte weitgehend beseitigt werden, um die landwirtschaftliche Produktion Südosteuropas so weit wie möglich auf den Export nach Deutschland auszurichten. Dabei ging es vor allem um

den großflächigen Anbau von Industriepflanzen, Textilpflanzen und Ölfrüchten. Im Zuge dieses Projektes kam es von 1935-1940 zur Einführung und schnellen Steigerung des Sojaanbaus in allen drei südosteuropäischen Donausstaaten sowie zur Ausweitung des Anbaus von Hanf, Flachs, Leinsaat, Sonnenblumen u. a. in einzelnen dieser Staaten. Gleichzeitig propagierten deutsche "Wirtschaftsexperten" einen Stopp der Industrialisierung Jugoslawiens, Bulgariens und Rumäniens, da diese der "organischen Ergänzungswirtschaft" mit Deutschland entgegenstünde.

Der "Anschluß" Österreichs und die Okkupation und Auflösung der Tschechoslowakei leitete einen noch umfassenderen Griff der deutschen Kriegswirtschaft auf die Ressourcen Südosteuropas ein. Im Bewußtsein gewachsener politischer und militärischer Stärke versuchte die deutsche Regierung nun, direkten Einfluß auf die Wirtschaftslenkung der südosteuropäischen Donaustaaten zu gewinnen. Dies gelang erstmals mit dem im März 1939 unterzeichneten deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrag, in dem sich die deutsche Seite für einen Zeitraum von fünf Jahren eine direkte Beteiligung an der Ausrichtung der rumänischen Produktion und Wirtschaftsplanung zusichern ließ.

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde die Zufuhr südosteuropäischer Rohstoffe und Agrarprodukte zur unerläßlichen Voraussetzung der deutschen Kriegsführung. Die wirtschaftliche und politische Unterwerfung Rumäniens und Bulgariens erreichte die deutsche Regierung durch die Einbindung dieser Staaten in das Vertragssystem des Dreimächtepaktes. Als diese Strategie in Jugoslawien im März 1941 aufgrund des Widerstandes der dortigen Bevölkerung scheiterte, erfolgte zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert die militärische Unterwerfung Serbiens (jetzt Jugoslawiens) zur Durchsetzung des deutschen Großwirtschaftsraumes. Damit sollte vor dem geplanten Angriff auf die Sowjetunion die vollkommene Kontrolle über die deutsche Rohstoff- und Ernährungsbasis Südosteuropa hergestellt werden.

Neben der starken Kontinuitätslinien des "Ergänzungswirtschaftskonzepts" und der "Mitteleuropa-Pläne" verlief von 1840-1945 eine weitere, etwas schwächere und weniger durchgehendere Linie deutscher Südosteuropainteressen, die unter den Begriff "Lebensraum"-Politik zu fassen ist. Sie implizierte das Ziel, weite Teile der südosteuropäischen Donaustaaten in deutsche Siedlungs-

kolonien umzuwandeln. Unter Bezugnahme auf die deutsche Ostsiedlung vom 10.-12. Jahrhundert, die bis Transsylvanien (Siebenbürgen) im heutigen Rumänien vordrang, setzte in dieser Frage in den 1840er Jahren eine breite Agitationstätigkeit ein. Auch hier kann Friedrich List als einer der Initiatoren gelten. Ein weiteres wichtiges Sprachrohr bildete die Augsburger Allgemeine Zeitung. Während hunderttausender Pauperisierter aus dem Gebiet des Deutschen Bundes nach Nord- und Südamerika auswanderten, propagierten List, Roscher, Höfken, Moltke und viele andere eine Umlenkung dieser Emigration nach Ost- und Südosteuropa. Auf diese Weise sollten die Auswanderer dem "Deutschtum" erhalten bleiben und die Donaustaaten im Dienste der deutschen Wirtschaft kolonisieren. Dieser Plan ging mit der Überzeugung einher, daß nur Deutsche in der Lage seien, die südosteuropäische Landwirtschaft rationell zu kultivieren. Fehlende materielle Ressourcen der potentiellen Siedler und Widerstände österreichischer, deutscher und ungarischer Großgrundbesitzer ließen dieses Projekt Mitte des 19. Jahrhunderts scheitern. In den folgenden Jahrzehnten kamen pangermanistische Protagonisten jedoch immer wieder auf dieses Ziel zurück. Hierfür stehen für den Zeitraum von 1850-1890 besonders die Schriften Paul de Lagardes, die mit der Gründung des Alldeutschen Verbandes und anderer pangermanistischer Verbände in den Jahrzehnten nach 1890 eine breite Wirkung entfalten. Bei den Alldeutschen trat neben die sozialdarwinistische Überzeugung von der Mission des deutschen "Herrenvolkes" gegenüber den "slawischen Untermenschen" die Raumidee, die davon ausging, daß das sich beständig vergrößernde deutsche "Volk" Raum benötige, den es vornehmlich in Ost- und Südosteuropa fände. Dieser vom Geographen Ratzel um die Jahrhundertwende in die Theorie der Politischen Geographie gefaßte Gedanke wurde zur Keimzelle der deutschen Geopolitik. Darüber hinaus wurden die alldeutschen Konzepte und Ideologeme zu entscheidenden Wurzeln der nationalsozialistischen Lebensraum-Politik. Eine Brücke schlug dabei in der Periode von 1918-1933 die staatliche Förderung und Instrumentalisierung der deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa durch die Weimarer Regierungen und die sich in dieser Phase vollziehende Etablierung der Geopolitik als anerkannte Wissenschaft.

Die radikale "Lebensraumpolitik" des Nationalsozialismus stand in einer langangelegten Kontinuität, sie knüpfte nicht nur an die Vorstellungen Lagardes und des Alldeutschen Verbandes, sondern auch an das während des Ersten Weltkrieges von der Obersten Heeresleitung verfolgte Ziel eines "blockadesicheren autarken Großraumes" an.<sup>8</sup>

Standen sich ökonomistische Vertreter einer "Pénétration pacifique und pangermanistische Protagonisten eines Siedlungskolonialismus und direkter Annexionen auch zeitweise in Opposition gegenüber, so fanden sie doch in verschiedenen Phasen der deutschen Geschichte immer wieder zu Koalitionen zur Durchsetzung des gemeinsamen Zieles "Mitteleuropa" bzw. eines deutschen Großwirtschaftsraumes mit hauptsächlicher Ausrichtung nach Ost- und Südosteuropa zusammen. Dies gilt ebenso für die Phase des Ersten Weltkrieges als auch für die Periode von 1930-1939 und ganz besonders für die Jahre des Zweiten Weltkrieges.

Neben der starken Kontinuitätslinie des Projekts einer deutschen Großraumwirtschaft mit quasi kolonialer Anbindung der südosteuropäischen Donaustaaten und der schwächeren Linie der "Lebensraum"-Politik lassen sich auch in den ideologischen Legitimationsformen der deutschen Südosteuropainteressen von 1840 bis 1945 deutliche Konstanten feststellen. Vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis zum Nationalsozialismus betonten Autoren immer wieder, daß Deutschland die "Berufung" bzw. die "Mission" habe, die Wirtschaft Südosteuropas zu organisieren und zu entwickeln, die dortige Bevölkerung zu erziehen bzw. zu "zivilisieren" und in dieser Region ein "Bollwerk gegen Rußland bzw. gegen asiatische Eindringlinge zu errichten. Südosteuropa wurde als Region angesehen, in der aufgrund vorhandener nationaler Konflikte und wegen des niedrigen kulturellen Niveaus der Bevölkerung nicht genügend politische Eigenständigkeit und Organisationsvermögen vorhanden seien. Neben den "Missions"-Gedanken trat die Überzeugung von einem einheitlichen "mitteleuropäischen Raum", der gleichsam naturgemäß ein kulturelles und wirtschaftliches Gefälle beinhalte, aus dem sich für Deutschland als der entwickelsten Industrienation im Rahmen der "organischen Arbeitsteilung" der Führungsanspruch ableiten lasse, während die

---

<sup>8</sup> Vgl. Nipperdey, Thomas, 1933 und Kontinuität der deutschen Geschichte, in: Historische Zeitschrift, Nr. 277, 1978, S. 94.

Länder Südosteuropas weitgehend auf der Stufe von Nahrungsmittel- und Rohstofflieferanten zu verbleiben hätten. Eine weitere ideologische Konstante findet sich im Glauben über die angebliche Notwendigkeit der Zurückdrängung des Panslawismus, der sich ab 1917 in das neue Gewand des Antikommunismus bzw. Antibolschewismus kleidete. Dahinter stand das Ziel, Rußland aus Europa zu verdrängen, d. h. vor allem seinen Einfluß in Ost- und Südosteuropa zu beschneiden.

Insgesamt ist zu konstatieren: Deutsche Expansionskonzepte die Donau abwärts oder entlang der Linie Berlin-Belgrad-Bagdad-Persischer Golf finden sich für den Zeitraum von 1840-1945 in großer Zahl und Konstanz in Schriften und Stellungnahmen deutscher Publizisten, Wissenschaftler, Politiker und Industrieller. Die geopolitisch-strategischen und ökonomischen Zielsetzungen "Nach Ostland wollen wir reiten" und "der ganze Südosten ist unser Hinterland" stehen für die Kontinuität von den Expansionsabsichten des deutschen Kaiserreiches bis zur nationalsozialistischen Großraumpolitik.

Einige abschließende Bemerkungen zur Zeit nach 1945.

Trotz der Etablierung des Warschauer Paktsystems und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien wurde auch in der Bundesrepublik an Südosteuropainteressen aus den Jahrzehnten vor 1945 festgehalten. Dies geht u. a. daraus hervor, daß wesentliche Institutionen der deutschen Südosteuropaforschung erhalten blieben oder wiedereröffnet wurden, in denen die führenden wissenschaftlichen "Südosteuropa-Experten" des Nationalsozialismus ihre Karriere fortsetzten. So erschien seit 1951 erneut, mit Beiträgen von Autoren, die dort bereits vor 1945 publiziert hatten, ein wesentliches Legitimationsorgan für ein von Deutschland beherrschtes "Mitteleuropa", die "Zeitschrift für Geopolitik".<sup>9</sup> Ebenfalls 1951 kam es zur Wiedereröffnung des Instituts für Auslandsbeziehungen in Stuttgart, dem ehemaligen Deutschen-Auslands-Institut. Generalsekretär wurde bis zur Erreichung der Altersgrenze 1960 der im Nationalsozialismus angesehene Forscher Franz Thierfelder. In besonderer Weise wurde an den Traditionen innerhalb der 1952 wiederbegründeten Südosteuropagesellschaft in München angeknüpft, die in der Tradition der gleichnamigen, von

<sup>9</sup> Vgl. Heyden, Günter, Kritik der deutschen Geopolitik. Wesen und soziale Funktion einer reaktionären soziologischen Schule, Berlin (DDR), 1958, S.142

1940-1940 in Wien residierenden Gesellschaft steht. An exponierter Stelle wirkten hier und in zahlreichen weiteren wissenschaftlichen und politischen Institutionen bis ins hohe Alter die nationalsozialistischen "Experten" und Planer Fritz Valjavec, Franz Ronneberger und Hermann Gross.<sup>10</sup>

Sie hielten auch nach 1945 u. a. an der alten deutschen Überzeugung fest, daß die südosteuropäische Landwirtschaft nur von Deutschland aus "vernünftig" organisiert werden könne.<sup>11</sup>

Darüber hinaus verteidigte und propagierte der ehemalige stellvertretende Leiter des Leipziger "Mittel- und Südosteuropainstitutes" und Mitarbeiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung der I.G. Farben, Hermann Gross, mittlerweile aufgestiegen zum maßgeblichen Südosteuropaforscher der Bundesrepublik, noch 1962 das Konzept der "Ergänzungswirtschaft". Dies habe auf der richtigen Erkenntnis basiert, daß in der Zusammenarbeit mit den südosteuropäischen "Entwicklungsländern" "das Gegensätzliche eine fruchtbare Zusammenarbeit im Sinne einer echten Partnerschaft und Integration ermöglicht" habe.<sup>12</sup>

Im Jahre 1960 konstatierte Gross in Verlängerung des "Ergänzungswirtschaftskonzeptes", heute sei die Bundesrepublik noch stärker als das Deutsche Reich auf die Einfuhr von gewerblichen Rohstoffen und Halbwaren sowie von bestimmten Agrarprodukten angewiesen. Gleichzeitig seien alle südosteuropäischen Staaten mit Ausnahme der Tschechoslowakei weiterhin "Entwicklungsländer".<sup>13</sup> Gross betonte, daß trotz aller Industrialisierung der Nachkriegszeit die agrarische Struktur Südosteuropas nach wie vor für den deutsch-südosteuropäischen Handelsverkehr von größter Bedeutung sei. Deutschland nahm bereits Ende der fünfziger Jahre wieder den ersten Rang im Handel mit den südosteuropäischen Donaustaaten ein. Gross führte dies u. a. auf die

---

<sup>10</sup> Vgl. Siebert, a. a. O., S. 388.

<sup>11</sup> Vgl. Wilmowsky, Rückblickend möchte ich sagen..., a.a.O., S.205.; Glück, Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag, a.a.O., S.113.

<sup>12</sup> Vgl. Gross, Hermann, Mitteleuropäische Handelspolitik 1890-1938, in: Der Donaauraum. Zeitschrift des Institutes für den Donaauraum und Mitteleuropa, Wien 1962, S.103.

<sup>13</sup> Gross, Hermann, Die Aussenhandelsverflechtung der Südoststaaten, in: Südosteuropa-Jahrbuch, im Namen der Südosteuropa-Gesellschaft herausgegeben von Rudolf Vogel, München 1960, S. 3, 16.

"Nachwirkung der früheren engen wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen zu diesem standortmäßig günstig gelegenen wirtschaftlichen Ergänzungsraum" zurück.<sup>14</sup>

Gross vertrat auch in der Bundesrepublik weiter das alte Ziel einer Umstrukturierung und Ausweitung der südosteuropäischen Agrarproduktion. Darin sah er die materiellen Grundlagen einer Intensivierung der deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen. Er hielt eine Steigerung der agrarischen Gesamtproduktion Osteuropas um ein Drittel bis um die Hälfte im Laufe von zwei bis drei Jahrzehnten für möglich.<sup>15</sup>

Für die Zukunft prophezeite Gross der deutschen Wirtschaft in Südosteuropa 1957 überaus günstige Prognosen:

"Außer den standortmäßigen Vorteilen und den besonders günstigen Ergänzungsmöglichkeiten der Bundesrepublik gegenüber den Donauländern, dürfte die zwischen der Ostzone und den Ostblockländern sich anbahnende wirtschaftliche Integration nach der Wiedervereinigung einer Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen Gesamtdeutschlands mit Osteuropa sehr zugute kommen. Übertraf doch bereits 1954 der Warenverkehr der sowjetischen Besatzungszone (DDR) mit den vier Donauostblockstaaten volumenmäßig den des Deutschen Reiches im Jahre 1938 mit den entsprechenden Ländern."<sup>16</sup>

Mittlerweile hat sich diese Hoffnung des führenden deutschen "Südosteuropaexperten" Gross erfüllt. Nach der Wiedervereinigung nimmt Deutschland im Handel der Staaten Südosteuropas wieder unangefochten die führende Position ein. Deutschland bestreitet heute ca. 50 Prozent des gesamten Osthandels der Europäischen Union. Gleichzeitig ist die Deutsche Mark in diesen Ländern zur offiziellen oder inoffiziellen Leitwährung geworden. Und wie bereits in der Phase vor 1918 sehen sich die Regierungen Südosteuropas einer großen Verschuldung gegenüber, die zu großen Teilen gegenüber staatlichen und privaten Kapitalgebern aus Deutschland besteht. Mit der eigenmächtigen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens 1991 demonstrierte die deutsche Regierung 1991 auch ihren

<sup>14</sup> Gross, Hermann, Die deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen, in: Südosteuropa-Jahrbuch, 1. Band, im Namen der Südosteuropa-Gesellschaft herausgegeben von Wilhelm Gülich, München 1957, S. 43f.

<sup>15</sup> Vgl. Gross, Die deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen, a. a. O., S. 46.

<sup>16</sup> Vgl. ebenda, S.47.

Anspruch als politische Hegemonialmacht in Südosteuropa, den sie im Laufe der neunziger Jahre mit der Beteiligung an Kriegseinsätzen und der Stationierung von Truppen in Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo auch auf das militärische Feld ausweitete. Zu den bevorstehenden Möglichkeiten der deutschen Politik in Südosteuropa bemerkte der Dozent an der Hamburger Hochschule der Bundeswehr Haberl 1990:

"Die Staaten Südosteuropas befinden sich gegenwärtig in einem Umbruch, der vielleicht ähnlich weitgehend ist wie der unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg. Denn damals wurde zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich auch über die politische Kontrolle dieser Staaten entschieden, mit anderen Worten: das Reich rückte in ein in der Entstehung begriffenes, politisches Vakuum ein, nachdem es vorher schon längst in Südosteuropa ökonomisch Fuß gefaßt hatte."<sup>17</sup>

Nach der Vereinigung Deutschlands erscheine ein Wiedererstehen ähnlicher politischer wie ökonomischer Konstellationen nicht völlig abwegig.<sup>18</sup>

Ähnlich äußerte sich der damalige Außenminister Kinkel in einem Grundsatzpapier, das die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 19. März 1993 veröffentlichte. Darin benannte Kinkel Eckpunkte der künftigen Außen- und Weltpolitik Deutschlands. Er hob hervor:

"Zwei Aufgaben gilt es parallel zu meistern. Im Innern müssen wir wieder zu einem Volk werden, nach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind: im Einklang mit unseren Nachbarn zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht. Die Rückkehr zur Normalität im Innern wie nach außen (...) Wir sind aufgrund unserer Mittellage, unserer Größe und unserer traditionellen Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa dazu prädestiniert, den Hauptvorteil aus der Rückkehr dieser Staaten nach Europa zu ziehen. Dies gilt nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Stellung der deutschen Sprache und Kultur in Europa."<sup>19</sup>

<sup>17</sup> Haberl, Othmar Nikola, Südosteuropa und das Deutsche Reich vor dem Zweiten Weltkrieg, in: Südosteuropa, Nr.39, 9/1990, S. 501

<sup>18</sup> Vgl. ebenda, S. 501

<sup>19</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. März 1993.

Mit den Begriffen "Mittellage" und "Mitteleuropa" knüpfte Kinkel an Legitimationsmuster der Geopolitik an, die seit 1989 eine Renaissance erlebt.<sup>20</sup>

Nach Imanuel Geiss muß dagegen unterstrichen werden, daß alle deutschen Autoren und Politiker, die heute wieder auf den scheinbar so unschuldigen Begriff "Mitteleuropa" unreflektiert, ohne Abgrenzungen von der deutschen Definition zurückgreifen, sich darüber klar sein müssen, daß sie damit zu Recht "Horror vor einer neuen Runde des `Furor teutonicus` provozieren."<sup>21</sup>

---

<sup>20</sup> Vgl. Klein, Friedrich, Die Renaissance der Geopolitik. Der Traum von Deutschland als dem "Land der Mitte", in: Tribüne, Nr. 4/1996; Brill, Heinz, Geopolitik heute. Deutschlands Chance?, Frankfurt/Berlin 1994.

<sup>21</sup> Geiss, Imanuel, Mitteleuropa und die deutsche Frage. Die historische Dimension, in: Berg/Burmeister (Hg.), a. a. O., S. 72. Vgl. auch Bennhold, Martin, Mitteleuropa - eine deutsche Politiktradition. Zu Friedrich Naumanns Konzeption und ihren Folgen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8/1992.